

Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
26. Juni 2024, 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr
öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 30
Abwesende Mitglieder: 7

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Bericht zur Kinderarmut 2024 - Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Thomas Riedel (AfSta).

Herr Fulda (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) betritt die Sitzung.

Herr Fulda (SJB): Antwortet auf die Fragen der Stadträtinnen und Stadträte. In Karlsruhe ist die Armut im Vergleich zu anderen Städten nicht so stark stadtteilbezogen konzentriert wie in vergleichbaren anderen Städten. Durch den Zeitvergleich der vorherigen Jahre ist ersichtlich geworden, dass beispielsweise die SGB II-Quote in Oberreut deutlich rückläufig ist. Bei den Präventionsnetzwerken wird geschaut, was es zusätzlich oder anders braucht, damit in den Stadtteilen die Hilfe ankommt. Es bedarf der Kontaktmöglichkeiten wie zum Beispiel Stadtteilzentren oder Elterncafés, Kinder- und Familienzentren und Jugendtreffs. Es bleibt eine Herausforderung, die Anträge zu stellen, doch durch die sozialraumorientierten Bausteine in den Quartieren haben die Familien Ansprechpersonen. Die Leitlinien sind in Arbeit und daraus sollen konkrete Maßnahmen hervorgehen. Der Anstieg der Nachfrage nach dem Karlsruher Kinderpass ist ein Erfolgszeichen für die bisherigen Maßnahmen. Der Armutsbegriff ist nicht einfach zu bestimmen, doch in den Leitlinien und Maßnahmen geht es auch ganz stark um Teilhabe, nicht nur um monetäre Leistungen.

Frau Schöllhorn (SJB): Bei den Präventionsnetzwerken geht es darum, Angebotsketten aufzustellen. In der Waldstadt gibt es bereits ein aktives Sozialforum, und auch in Durlach gibt es viele Angebote. Daher haben wir diese Stadtteile ausgewählt, um Erfahrungen zu sammeln und daraus erkennen zu können, was möglicherweise in anderen Stadtteilen fehlt. Langfristiges Ziel ist es, die Präventionsnetzwerke in allen Stadtteilen aufzustellen. Es liegen Rückmeldungen von Fachkräften und Familien in den Stadtteilen vor, dass es oftmals nicht das fehlende Angebot ist, sondern der Weg dorthin das Problem ist. Ein Lösungsansatz ist, direkt vor Ort zu gehen, wie beispielsweise ein Angebot für Kinder, bei dem es um Ernährung geht (Kinderkochmobil). Parallel dazu gibt es ein Beratungsangebot für die Eltern zu Leistungen oder Unterstützungsangeboten, bei dem sich die Familien über Hilfeleistungen informieren können. Die Kinder- und Familienzentren haben sich etabliert. Es gibt auch eine gute Zusammenarbeit mit der Familienkasse, beispielsweise bei der Beratung zum Kinderzuschlag.

Der Vorsitzende: Die Armutsbekämpfung geht nicht ohne die Liga der freien Wohlfahrtspflege und es geht nicht ohne eine Sozialplanung. Im Rückblick auf die Jahre 2008 und heute sieht man eine deutliche Veränderung zum Guten.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kinderarmut 2024 zur Kenntnis.

TOP 2 **Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe – Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 31.05.2022 sowie der Haushaltssicherungsmaßnahme HHS-GR 61 vom 21.11.2023**
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Merseburg, neue Jugendhilfeplanerin (SJB).

Frau Langeneckert (SJB) führt in die TOPs 2 bis 3a ein.

Der Vorsitzende: Im Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss wurde für die nächsten 5 Jahren eine Priorität für das Thema gesetzt. Gerade in ressourcenschwierigen Zeiten ist eine Priorisierung besonders wichtig. Die Wirtschaft im Kita-Bereich miteinzubinden ist nötig, jedoch nicht einfach. Gerade die vielfältige Trägerlandschaft „rettet“ uns.

Pfarrer Stoll verlässt die Sitzung.

Herr Barton (AWO): Die Idee mit dem Referenzbeitrag auf kommunalem Niveau hat nicht funktioniert. An kleinen Rädchen zu drehen bringt keine Lösung. Sondern wie dargelegt wurde, ist es erforderlich sich betriebswirtschaftlich aufzustellen. Mit dieser neuen Beschlussvorlage werden Nägel mit Köpfen gemacht, deshalb stimmt die AWO dafür. Für uns als Träger steht natürlich zuerst der Bildungsanspruch der Kinder im Vordergrund und nicht zu vergessen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben eine Kostensteigerung und wir haben keine Fremdfinanzierung von Kitas. Es bedarf einer pragmatischen Lösung, die sich in diesem Beschluss wiederfindet.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Bei der Vorlage TOP 3 Ziffer 2 ist nachfolgender Satz einzufügen: Das gemeinsame Ziel des einheitlichen Beitrages bleibt bestehen.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich, bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen*, im Rahmen der Dynamisierung der Kita-Finanzierung und der Kita-Förderung sowie im Rahmen der Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahme folgende in der Anlage 1 und 2 dargestellten Erhöhungen zum 1. September 2024 zu beschließen:

1. Das gesamtstädtische Beitragsniveau wird, wie in Ziffer 2 der Anlage 1 dargestellt, angehoben. Entsprechend werden auch die monatlichen Benutzungsentgelte für die Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen erhöht.
2. Die maximalen Erstkinderzuschüsse werden entsprechend Ziffer 3 der Anlage 1 angepasst. Das
3. Die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege werden ab dem 1. September 2024 gemäß der Anlage 2 erhöht.

TOP 3: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe - weiteres Vorgehen
- Vorlage -

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich mit zwei Enthaltungen* den aktuellen Sachstand zur „Neuen Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe“ zur Kenntnis zu nehmen und die weiteren Schritte wie folgt zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Neu ausrichtung der „Neuen Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe“ mit Blick auf Beitragseinheitlichkeit, sozial gerechte Beitragsgestaltung sowie qualitativ gute Erziehung, Bildung und Betreuung in Karlsruher Kitas beauftragt, welches im Frühjahr 2026 zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
2. Die Fristen für die Kita-Träger, ihre Elternbeiträge so anzupassen, dass diese das städtische Beitragsniveau erreichen bzw. maximal um 10 Prozent überschreiten (Korridor), wird bis zur Vorlage des neuen Konzeptes gemäß Ziffer 1. ausgesetzt.

Ergänzung: Das gemeinsame Ziel des einheitlichen Beitrages bleibt bestehen.

TOP 3a: Kita-Gebühren gerecht verteilen
- Stellungnahme zum Antrag -

Beschluss: Der Antrag ist im Gemeinderat aufzurufen und wird dort als erledigt betrachtet werden.

TOP 4: Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ - §11 KiTaG „Erprobungen“
- Vorlage -

Frau König (SJB) führt in den TOP ein. Die Verwaltung der Stadt Karlsruhe beurteilt und schätzt den Antrag an den KVJS inhaltlich ein. Dem KVJS wird dann bestätigt, dass in Abstimmung mit dem Träger eine Einigung über das Konzept erzielt wurde. Hierbei geht es nicht darum, schnelle Lösungen zu finden, sondern das Wohl der Kinder ist einzuhalten und steht hierbei immer an oberster Stelle.

Herr Schneider (DRK) verlässt die Sitzung.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die als Anlage 1 beigefügte neue gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ zum 1. September 2024 zu beschließen.

TOP 5: Anpassung der Betreuungsentgelte für Städtische Horte
- Vorlage -

Der Vorsitzende ruft direkt ohne Wortmeldungen zur Abstimmung auf.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Erhöhung der Betreuungsentgelte der städtischen Horte für Erst- und Zweitkinder gemäß der Anlage zum 1. Januar 2025 und zum 1. Januar 2026 zu beschließen. Für Dritt- und weitere Kinder werden weiterhin keine Betreuungsentgelte erhoben. Der derzeitige Verpflegungsaufwand gemäß der Anlage bleibt von der Erhöhung ausgenommen.

TOP 6: Erweiterung des Schülerhortes „Kinderinsel Süd“
- Vorlage -

Herr Dimmler (SJB) führt in den TOP ein.

Der Vorsitzende ruft direkt ohne Wortmeldungen zur Abstimmung auf.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Erweiterung des Schülerhortes Schützenstraße „Kinderinsel Süd“ in Trägerschaft des Stadtjugendausschusses e. V. um eine Nachmittagshortgruppe (20 Plätze) befristet bis Sommer 2026 zu beschließen.

TOP 7: Entwicklung jubez am und auf dem Kronenplatz
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Rettenmaier, Karlsruher Fächer GmbH

Herr Melchien (stja) führt in den TOP ein.

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine Wortmeldungen gibt.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt von der Weiterentwicklung des jubez Kenntnis.

TOP 8: Bei der Aktion „Karlsruhe spielt“ auch ältere Menschen einbeziehen
- Stellungnahme zum Antrag -

Beschluss: Der Antrag ist als erledigt zu betrachten (bestätigt durch Antragstellende GRÜNE).

TOP 9: Empfehlung des Bürgerrates „Ernährung im Wandel“ – Kostenfreies Mittagessen an Kitas und Schulen
- Stellungnahme zum Antrag -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Beer (SuS).

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Es ist klar, dass nun keine Chance auf Annahme des Antrages besteht. In anderen Ländern ist es ein Selbstverständnis, den Kindern vernünftige Ernährung in der Schule näher zu bringen. Hierbei findet auch in der Schule Sozialisation statt. Die Gesellschaft hat das Problem von fehlernährten Kindern, welchem durch die Umsetzung der Empfehlung des Bürgerrates entgegengesteuert werden könnte. Das gesellschaftliche Engagement würde sich bezahlt machen. Wenn die Kommune dies finanziell nicht leisten kann, ist die Finanzierung bei Bund und Länder einzufordern.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Es ist bei der aktuellen Haushaltslage in Karlsruhe nicht zu leisten. Der Bundesrat richtet sich direkt an den Bund und nicht an die Kommunen. Wir tun vor Ort bereits, was die Kommune leisten kann, zum Beispiel im Bereich Bildung und Teilhabe. Der Bundesrat möchte **gesunde Ernährung**, hierzu gibt es viel Initiativen in Karlsruhe. Wir lehnen daher den Antrag ab.

Frau Stadträtin Moser (SPD): Bereits seit 10 Jahren beschäftigt sich die SPD mit gesundem Mittagessen an Schulen und es wurde auch schon einiges erreicht wie zum Beispiel hoher Bioanteil, Regionalität und Berücksichtigung der Richtlinien der Gesellschaft für Ernährung. Nur wenn Bund und Land die Kommunen unterstützen, kann irgendwann kostenloses Mittagessen an Schulen angeboten werden.

Der Vorsitzende fragt, ob der Antrag erledigt ist.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Der Antrag ist nicht erledigt und daher im Gemeinderat erneut aufzurufen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

TOP 10

Mitteilungen des Bürgermeisters

1. Combo HipHop Kulturzentrum Karlsruhe: Neue Räumlichkeiten

Herr Nees (SJB) führt hierzu aus, dass dies im Rückblick eine Erfolgsgeschichte ist. Die Kombination aus Beteiligung der Jugend und stadtpolitischem Engagement hat schließlich dazu geführt, dass ein Antrag gestellt wurde. Mit starken Partnern an der Seite, wie zum Beispiel die Karlsruher Fächer GmbH, wurden verschiedene Standorte besichtigt und geprüft. Man ist möglicherweise bereits auf dem Lösungsweg. Im nächsten Jugendhilfeausschuss kann dann möglicherweise eine Vorlage mit den Rahmenbedingungen vorgelegt werden.

2. Strategie Fachkräfte

Frau König (SJB): Es haben Unterarbeitsgruppen, zum Personalbedarf und wie dem Fachkräftebedarf entsprochen werden kann, getagt. Ziel ist es, dass die Eltern verlässliche Einrichtungen haben. Eine Anpassung der Öffnungszeiten erfolgt nur in den Einrichtungen, in denen eine lange Vakanz vorliegt. Die Stadt Karlsruhe als städtischer Träger konnte alle freien Personalstellen besetzen. Es gibt Überlegungen, wie über Hauswirtschafts-, Ergänzungs- oder assistierende Kräfte entlastet werden könnte. Hier hilft § 11 KiTaG, so dass konzeptionell überlegt und nach Lösungen gesucht werden kann. Es bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Herr Wohlwend (GKK) und Frau Stadträtin Moser (SPD) verlassen die Sitzung.

Der Vorsitzende: Die Verwaltung kann das Problem aktuell nicht lösen. Es ist eine Krise, durch die wir hindurch müssen. Die Kita-Frage ist existenziell, daran muss gearbeitet werden.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die CDU Fraktion wurde angesprochen, dass eine Kita in Neureut komplett geschlossen ist. Der Träger ist sehr bemüht einen Notbetrieb zu ermöglichen, jedoch soll angeblich die zuständige Behörde so hohe Auflagen an die Ausweichmöglichkeit gestellt haben, dass eine Umsetzung nicht möglich ist. Wer ist hier die zuständige Behörde? Ist das der KVJS?

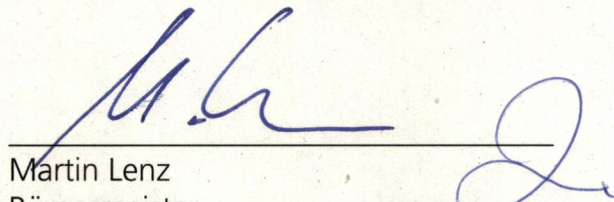
Der Vorsitzende: Die Verwaltung ist mit dem KVJS in gutem Gespräch. Das Anliegen nehmen wir gerne mit ins nächste Gespräch und haken nach.

Der Vorsitzende verabschiedet Herrn Jonait (Agentur für Arbeit), Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE), Herrn Stadtrat Høyem (FDP) und Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) aus dem Jugendhilfeausschuss.

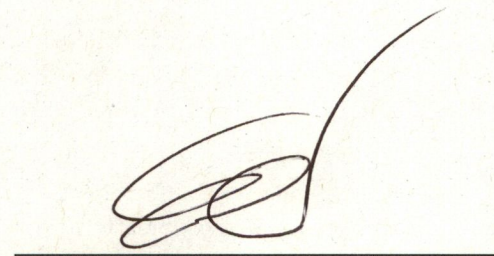
Der Vorsitzende schließt um 18:40 Uhr die Sitzung.

Karlsruhe, den 1. August 2024

gesehen und genehmigt:


Martin Lenz
Bürgermeister

23. AUG. 2024


Carmen Edler
Schriftführerin